

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags von einem...  
Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung des Postzuschlags für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Porto-Zuschlag, der Preis für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 2-3.

Die abgesetzten Honorarblätter über deren Name steht S. - M. einschließlich...  
Einzelhefte: 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Ausländische Abonnenten: 2,- M. Familien-Abgaben und Stellen-Besuche 2,50 M., netto von Zelle. Stellen-Besuche in West-Abgaben; das Setzdruckwerk 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4603, 4635, 4649, 4821

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Escherich mobilisiert in Tirol!

### Landesschießen in Innsbruck. — Bayern schickt Verstärkung — Die Arbeiterwehr auf der Wacht — Abwehrstreik der Eisenbahner

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

München, 19. November.

Gegen das Landesschießen der Tiroler Heimatwehr vom 20. bis 22. November in Innsbruck hat die Entente Einspruch erhoben und mit dem Entzug der Mehllieferungen gedroht. Der Ortschaftshauptling Escherich wird mit einer großen Anzahl bayerischer bewaffneter Wehrmänner an dem Schießen teilnehmen. Die Innsbrucker Arbeiterwehr wendet sich aufs Schärfste gegen diesen Aufmarsch der monarchistischen Kontrorevolution. Es sind Zusammenstöße zu befürchten. Die sozialdemokratische Fraktion des Tiroler Landtags hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der von der Landesregierung ein Verbot des Landesschießens fordert. Genosse Dr. Grüner hat als Landeshauptmann-Stellvertreter im Namen der sozialdemokratischen Fraktion an den Staatskanzler Dr. Meyer in Wien ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen das Landesschießen wendet und mit Recht die Tiroler Heimatwehr als Bestandteil der bayerischen Arbeiterwehr bezeichnet. Es heißt in diesem Schreiben u. a.: „Die Landesregierung Tirols hat gegen meinen Einspruch die Anerkennung der Heimatwehren beschlossen. Wir haben gegen die Bewaffnung seit langem protestiert, mit eigener Bewaffnungsgeschichte, ohne bisher einen Ausgleich erzielen zu können. Die Arbeiterwehr hat es satt, länger zuzusehen. In der Versammlung in Innsbruck am 12. November haben die Anwesenden die Aufforderung, sich dem Aufmarsch zu widersetzen, mit warmem Beifall gespendet. Wir verwahren uns dagegen, daß unsere private Volkswirtschaft mit inneren und äußeren Zielen unsere Anerkennung fordert. Wir haben die Regierung gewarnt, die Regierung trägt die Verantwortung.“ Escherich hat vor einigen Tagen dem Vertreter des „Manchester Guardian“ erklärt, daß es sein Bestreben sei, die Arbeiterwehr international auszubauen. Schon heute reichen die Fäden der Verschwörung von Bayern über Tirol nach Wien und Budapest. Die Tiroler Einwohnerwehren sind von Escherich ins Leben gerufen worden, Bayern hat sie aus

seinen riesigen Geheimbeständen mit Waffen versorgt. Das Landesschießen in Innsbruck soll, wie das Königschießen in München, eine Probealarmierung sein. Escherich will seine Mannen mustern, um zu sehen, wie weit die Schlagfertigkeit gediehen ist. Die Tiroler Arbeiterwehr hat die Gefahren dieser monarchistischen Banden erkannt. Sie wird nicht dulden, daß vor ihren Augen die Methoden erprobt werden, mittels derer sie eines Tages erwürgt werden sollen. In Innsbruck ist die Arbeiterwehr mobilisiert. Die Straßen und Zugänge zur Stadt sind mit bewaffneten Arbeitern besetzt. Die Eisenbahner sind in den Generalstreik getreten. Sämtliche Zugverbindungen von und nach Bayern sind stillgelegt worden.

Die Abwehraktion der Tiroler Arbeiterwehr ist lebhaft zu begrüßen. Wenn es die bayerischen monarchistischen Banden wagen sollten, dennoch in Tirol einzudringen, so werden sie die Folgen eines solchen Treibens selbst zu verantworten haben. Und was geschieht in Deutschland? Auch hier sehen wir, wie vor den Augen der Regierung die Ortschaft von Tag zu Tag herausfordernder auftritt. Trotz des Verbotes der Ortschaft durch Severing hält sie sogar in Berlin regelmäßig Versammlungen ab. Wenn die Regierung nicht die Macht hat, den Gesetzen Geltung zu verschaffen, dann muß, wie in Tirol, die Arbeiterwehr handelnd auf den Plan treten. Der Selbstschuttsorganisation Escherich, bestehend aus Monarchisten und reaktionären Offizieren, muß die republikanische Schutzwehr der Arbeiter entgegengestellt werden. Für diese Forderung müssen sich vor allem die Gewerkschaften einsetzen, denn das Versprechen der Regierung vom März 1920 ist noch nicht erfüllt. Aber es muß schnellstens erfüllt werden, wenn sich die Republik vor der ständig wachsenden Gefahr der Gegenrevolution zuverlässig schützen will.

## Wo bleiben deine Steuern?

Von Ignaz Wrobel

Wir haben hier voriges Mal betrachtet, welchen Anteil die Reichswehr an ihrem Fünfmilliarden-Etat hat. Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot auch über der Verschwendungssucht der königlich-republikanischen Marine.

Die Marine hat eine Haushaltsstärke von 14 920 Köpfen. Diese 14 000 Leute werden von 1111 Beamten verwaltet, so daß also auf je 14 Mann ein Schreiber kommt.

Der allgemeine Werftbetrieb der Marine ist mit 78 283 480 M. veranschlagt. Die Kosten für die Admiralität (die der Heeresleitung entspricht) betragen allein 9 124 985 M., also annähernd ein Neuntel des Werftbetriebes. Man muß aber sehen, was es da alles gibt: die paar Schiffe, die man uns gelassen hat, haben immerhin noch 8 Kontradmiralet, 3 Vizeadmiralet und was sich alles in der Admiralität herumdrückt, ist nicht zu sagen.

Der Chef der Admiralität hat für geheime Ausgaben einen schwarzen Fond von 50 000 M. Welches Kap zum guten Spiel umgelegt er damit? Die sogenannte geistige Wohlfahrtspflege verschlingt 865 125 M. Man muß die Klagen aus den Seegarnisonen und Hafenstädten kennen, um den tiefen Abstand, der zwischen Zivil- und Marineoffizieren herrscht, zu ermessen. Rechnet euch aus, in welchem Sinne die Gelder für den neuen vaterländischen Unterricht verwandt werden!

Der Gesamtetat für die Marine von 15 000 Mann beträgt 513 530 088 M., also über eine halbe Milliarde.

Bei diesen Betrachtungen ist die Existenz der noch immer bestehenden Heeresabwicklungsstellen nicht berücksichtigt. Die Kosten dem Staat abermals Hunderte von Millionen.

Die Ehrfürcht des Deutschen vor jedem behördlichen Apparat ist riesengroß. Zweifellos halten alle diese uniformierten und harnierten Arbeitslosen eine gewisse Dienstzeit ein: Der Bureaufkrat tut seine Pflicht... Sicherlich tun diese Oberkriegsgerichtsekretäre, Vermessungsdirigenten, Oberstabsapotheker, Nachrichtenoffiziere, Ministerialräte — sicherlich tun diese alle irgend etwas.

Aber es ist eine Arbeit in sich. Einer gibt immer dem andern zu schreiben und was dabei herauskommt, ist ziemlich dürftig.

Der Tatbestand ist der: Die Entente hat dem Lande ein Heer von 100 000 Mann gelassen, das eine rein repräsentative Rolle spielt. Für die internationale Kriegsführung ist Deutschland (offiziell) entwaftet. Für die Aufrechterhaltung der Verfassung nach innen ist dieses Heer wie jedes Heer nur für kleine Störungen von links zu verwerten, denn wenn eine große Welle das ganze Volk erfasst und es der Wille des ganzen Volkes ist, zu stürzen und zu ändern, so wird ein solches Heer mit Recht als nebensächlich weggelassen. Und wenn der Putsch von rechts kommt, wird dieses Heer auch keinen Widerstand leisten. Es wird entweder kräftig mitwirken oder sich auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“ stellen.

Und diese Institution kostet dem schuldenüberladenen Staat augenblicklich fünf Milliarden Mark jährlich.

Für einen gewandten Verwaltungsbeamten — und weiter sind diese Soldaten heute nichts — ist nichts einfacher, als die Notwendigkeit jeder einzelnen Stelle schriftlich ausführlich zu begründen. Das besagt gar nichts. Der Versorgungswunsch ist der Vater all dieser Ämter, und wenn man keine Arbeit hat, dann macht man sich welche. Der Etat wäre allenfalls für eine schlagfertige Armee eines bedrohten Landes verständlich — heute ist er nichts als der Schrei von Hunderttausend Mann (und ganz besonders ihrer Offiziere) nach Verjagung.

Es ist eine Herzenssache, die hier abgehandelt wird. Verhätlichkeit im Kriege, überzahlt, mit Spiritus und Butter getränkt, von den Frauen und den Reklamationsbedürftigen überlaufen, können sich diese Kasinogötter und Etappenbögen ihr Leben nicht mehr anders vorstellen, als so: bei einem Minimum von wirklicher nützlicher Arbeit mit einem Maximum staatlichen Einkommens erhalten zu werden. Es sind bunte Drohnen.

Es sind aber auch gefährliche Drohnen. Das Militär hat sich, erzogen durch eine jahrhundert alte Tradition, einmal geschlagen, und dann wieder aufgemuntert durch Gustav Noke, an eine Vormachtsstellung in Deutschland gewöhnt. Man stelle sich nur einmal vor, daß irgend eine andere öffentliche Einrichtung zum allgemeinen Besten — wie etwa das Unfallwesen oder die viel wichtigere Feuerwehr — so viel von ihrer Arbeit hermacht wie diese wenigen Soldaten. Was leisten sie denn? Dafür, daß sie ein ungelöstes Studentenleben führen, aufgeschreckt nur durch die Schikanen ihrer Vorgesetzten und durch die Angst, einmal ihre Stelle zu verlieren, werden sie sinnlos überzahlt. Dazu kommt, daß sie ihr Amt mißbrauchen.

Es ist nicht Sache des Militärs, den deutschen Geist zu pflegen, denn das sind zwei unüberbrückbare Gegensätze. Es ist aber ganz gewiß unehrlich, wenn ein Teil dieser Reichswehroffiziere, nach wie vor stramm wilhelminisch gestimmt, von der Republik Geld nimmt, um einen dreimal verfluchten preußischen Geist in den Ka-

## Die Völkerbundstagung

### Polen erhält das Danziger Mandat

Nach der offiziellen Mitteilung hat der Völkerbundrat den Bericht des japanischen Vertreters über die Verfassung und die politische Stellung der freien Stadt Danzig genehmigt. Der Vertreter Japans beantragte die Streichung des Wortes „hanseatisch“ in der amtlichen Bezeichnung der freien Stadt Danzig. In der Sprachenfrage soll im gleichen Artikel bestimmt werden, daß die amtliche Sprache die deutsche ist, und daß die Gesetzgebung und die Verwaltung dem polnisch sprechenden Teile der Bevölkerung die Freiheit seiner nationalen Entwicklung verbürgen und ihm insbesondere den Gebrauch seiner Muttersprache in den Schulen, in der inneren Verwaltung und vor den Gerichten sichern muß.

Militärisch darf Danzig nicht als Militär- oder Flottenbasis dienen, auch keine Befestigungen errichten, noch Munitions- oder Kriegsmaterialfabrikation auf seinem Gebiet gestatten. Im Falle eines Angriffs gegen Danzig, besonders wenn hierdurch Polen bedroht ist, wird der Völkerbundrat, so weit es heute vorzuziehen ist, sich an Polen wenden, um von ihm eine bewaffnete Unterstützung für die Verteidigung des Gebietes der freien Stadt Danzig zu verlangen.

Wenn Polen durch irgend einen Staat, entgegen dem Völkerbundvertrag, angegriffen wird, wird der Völkerbundrat sich genötigt sehen, die Mittel ins Auge zu fassen, um den Schutz der freien Stadt gegen jeden Angriff zu sichern, der die Tätigkeit im Hafen der Stadt verhindern könnte, und es ist sehr wahrscheinlich, daß der Völkerbundrat Polen ersuchen würde, dieses Schutzrecht zu übernehmen, allein oder unter Mitwirkung anderer Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind. Der Schutz des Völkerbundes erstreckt sich ebenso auch auf die Einfuhr von Munition und anderem Kriegsmaterial nach Polen während der Dauer der Feindseligkeiten. Die polnische Regierung scheint demnach besonders geeignet, um eventuell vom Völkerbund das Mandat zur Sicherung der Verteidigung der freien Stadt zu erhalten. Aber dieses Mandat darf niemals ausschließlich ihm übertragen werden, und es wird ihm nur übertragen werden können nach Erwägung der besonderen jeweiligen Umstände durch den Völkerbund selbst, um zu verhindern, daß der Völkerbund, der Beschützer der freien Stadt, in einem anderen Falle in einem internationalen Kampf Partei ergreifen müßte, als ihn die Bestimmungen des Völkerbundvertrages vorsehen.

Diese Entscheidung des Völkerbundes bestätigt also, daß Polen das politische und militärische Mandat über die freie Stadt Dan-

zig erhalten soll. Der Völkerbund, der der Erhaltung des Friedens dienen soll, sündigt somit gegen seinen eigenen Geist, indem er die deutsche Stadt Danzig den Polen überantwortet.

## Englisch-russisches Handelsabkommen

### Ein Beschluß der englischen Regierung

II. London, 19. November.

Lloyd George hat gestern nachmittag im Unterhaus die Erklärung abgegeben, daß die englische Regierung beschließen habe, ein Handelsabkommen mit Rußland abzuschließen. Der Ministerpräsident sagte hierzu, er hoffe, das Abkommen der Moskauer Regierung in den nächsten Tagen zugehen zu lassen.

## Vom östlichen Kriegsschauplatz

Aus Moskau wird gemeldet: Die Roten Truppen, die von zwei Seiten in die Krim eingedrungen sind, griffen die Zentralstation der Krim-Eisenbahn Džankoi an und nahmen sie mit einer gewaltigen Beute in Besitz.

In der Ukraine dringen die Bolschewisten trotz der heftigen Gegenwehr der ukrainischen Truppen immer weiter vor. Die Stadt Kamenez-Podolsk ist von den Roten Truppen völlig eingeschlossen und steht vor der Uebergabe. Nach nichtamtlichen Meldungen soll auch Kiew von den Ukrainern geräumt sein.

In einem Telegramm, das Tschitscherin an Lord Curzon gerichtet hat, heißt es:

Aus verschiedenen Quellen ist uns Nachricht zugegangen, daß die Absicht bestehe, englische Schiffe zu benutzen, um Wrangels Heer nebst allen Gütern, die Wrangel sich in Südrussland angeeignet hat, aus der Krim wegzuführen. Unleugbar drückt die Teilnahme der britischen Marine an der Bewegung der Aufständischen, die gegen Rußland gekämpft haben, eine feindselige Haltung der britischen Regierung gegenüber der russischen Sowjetregierung und einen Bruch der Versicherungen aus, die uns die britische Regierung verschiedentlich gegeben hat.

Auch die Besetzung Batums durch britische Truppen wird von Tschitscherin in einem Punkt als ein ernstliches Bedrohungs der Kätterregierung betrachtet, die die entsprechenden Konsequenzen ziehen würde.

General Wrangel hat die südrussische Regierung um Unterbringung russischer Flüchtlinge und Soldaten ersucht. Die Flüchtlinge und Soldaten, die mit Wrangel Rußland verlassen haben, werden auf Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Südrussland verteilt werden.

lernen zu konservieren. Drängen diese bezahlten Re-  
konner nicht alle heraus, die wirklich demokratisch sind? Wie  
wird der republikanische Führerbund bedrückt! Der Reichs-  
wirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten klagt und klagt  
— denn an einer straffen berufsständischen Vertretung der  
Soldaten ist den Offizieren nichts gelegen.

Lacht euch nicht von dem schnurrenden Apparat der Dienst-  
automobile, der Affenschränke, der Exerzierplätze, der Werk-  
anlagen betäuben! Hier wird keine für das Staatswohl  
irgend wie beträchtliche Arbeit geleistet. Hier ist nichts als  
eine schwammige, ausgeplusterte Masse von interessierten  
Reaktionären. Und wer bezahlt sie?

Und da findet sich keine Mehrheit von gescheiterten Politik-  
kern im Reichstag, die einen solchen Anflug glatt  
ablehnt? Da ist die Angst vor roten Armeen so groß,  
daß jede, aber auch jede sinnlose Verschwendung bei diesem  
Steuereindringling durchgeht? Das Geld ist herausgeworfen  
; denn wir haben keinen Nutzen davon. Das Geld ist  
schlecht angewandt; denn die republikanische Wehrmacht ent-  
wickelt sich langsam zum nationalen Kriegerverein.

Bedenkt, daß demgegenüber das ungeheuerliche Elend der  
Kriegsverletzten steht, die bei voller Erwerbsunfähigkeit  
2000 M. jährlich weniger bekommen als ein unversehrter  
Reichswehrsoldat — bedenkt die verzweifeltsten Kämpfe der  
hungernden Hinterbliebenen, die sie mit den Versorgungs-  
ämtern um jeden Groschen führen müssen. Mit den Ver-  
sorgungsdämtern, wo entlassene Offiziere der kaiserlichen  
Armee, zu Regierungsräten befördert, hocken und alles  
Interesse daran haben, ihre Arbeit in die Länge zu ziehen,  
damit sie desto länger im Besitz ihrer Stellen bleiben. Be-  
denkt, daß dieser Fünftausendenertrag von einem bankrotten  
Volke ausgedrückt werden soll und daß sich um Lohnhöhen-  
ungen der Arbeiter die bittersten und schlimmsten Kämpfe ab-  
spielen. Die da streifen nicht. Die sind unermüdlich. Wenn  
wirklich einmal Philipp Scheidemann, dessen Parteifreund  
Gustav Koste unter Zustimmung der Rechtssozialisten  
dieses neue System begründet, herausbeschworen und gebul-  
det hat, die Haltung der sozialistischen Reichswehr im Reichs-  
tag bemängelt, hört sich das Herr Seckel (denn Herr Geßler  
zählt nicht) von der Loge aus mit glattem Dienstgeschick an,  
fährt mit seinen Reuten im Auto nach der Vordierstraße  
zurück und weiß: Er hat nichts zu befürchten.

Denn unbeugsam, festgewurzelt, unverändert und uner-  
schütterlich ruht im Herzen dieses Volkes und seiner Vertreter  
die Liebe zur bunten Nacht, die Liebe zu „Unserm Militä-  
r!“

## Lakaien überall

### Das Schweineglück der Hohenzollern

Es stellt sich heraus, daß der Bankier Gruher, der Finanz-  
vertrauensmann der Hohenzollern, ein mit allen Wässern ge-  
wachsenen Schieber ist. Ueber seine Manipulationen zur Sicher-  
ung der Vermögen der Hohenzollernfamilie macht der „Vor-  
wärts“ einige weitere Mitteilungen. Die Beziehungen Gruhers  
zum Hohenzollernhause waren so eng, daß Gruher einen Teil der  
Dienstschafft des kaiserlichen Hauses, Chauffeurs und Lakaien in  
seine Dienste übernahm. Die Freundschaft ist also nicht  
neu. Es scheint danach, als hätten sich die Hohenzollern schon vor  
ihrer Flucht der Hilfe solcher dunklen Gestalten bedient. Auch der  
Adjutant des ehemaligen Kronprinzen, Herr von Reichen-  
stein, ging bei Gruher ein und aus. Sehr interessant sind die  
Methoden, wie Gruher die Vermögensschiebungen bewerk-  
stelligte. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

„Eine seiner Methoden bestand darin, daß er seine Klienten  
in Deutschland Waren jeder Art kaufen ließ, für die er Aus-  
fuhrbewilligungen nach dem Ausland zu verschaffen  
wußte. Die Bezahlungen für die exportierten Waren kamen  
aber nicht nach Deutschland herein, sondern wurden Gutzers  
Kunden in Amsterdam gutgeschrieben, womit der  
Zweck der Vermögensverschiebung erreicht war. Daß  
Gruher seinen Klienten die von ihnen gekauften Waren keines-  
wegs billig anrechnete, versteht sich am Rande. Es gibt keinen  
Artikel, den Gruher nicht auf diese Weise nach dem Ausland  
verkauft. Salz, Tabak, Spielwaren, Koffer, alles das  
waren Gegenstände, in denen verpackt die fürstlichen  
Vermögen die Grenze passierten.“

## Schlachthof

### Von Max Doerflinger

Früh um drei Uhr gehen wir durch nachtblauen Nebel. Die  
Stadt liegt auf dem Buckel wie ein verrotteter Hund: ihre grauen  
Häuserblöcke sind wie ausgeblasene Rabenbäuche. Wenn wir  
über die schwarze Brücke gehen, dann hören wir unten den flü-  
genden Fluß wie ein Armeerezeptil im Schlaf liegen. Eigenartig  
ist dieses flüchtige Nickerchen: es hat leuchtende Rauchwolken.  
Könnten das nicht Nickerchen sein? Die Laternen der Her-  
promenade täuschen uns mit ihrem Widerschein die rosigel leuch-  
tenden Rauchwolken im schlingenden nachtblauen Fluß.

Wenn wir Wegergelassen früh um drei Uhr durch nachtblauen  
Nebel zum Schlachthof der Großstadt gehen, dann ist uns eigen-  
artig in Mitleid.

Wir sind wie herausgewirbelt aus der menschlichen Gesellschaft.  
Drückt im Hals die Strenge eines mit der Luft früh abfahrenden  
Dampfers auf, dann heißt es in unser Herz wie der Hohnschrei  
glückseliger Nachtungeheuer.

Wir sind früh um drei Uhr verängstigte Menschen. Unser Beruf  
weist einen leeren und doch eindringlichen Abhang in uns. Wor-  
um? Wor was? Das ist schwer zu sagen! Und doch ist ein  
Eckelgefühl da.

Sprachlos schreien wir nebeneinander her. Unsere Schritte  
hämmern schallend die dunklen Häuserfronten. Verhängte  
Schauenscheiben sind wie Gemälde vor dem Wind. Und Eimer und  
Kisten mit Kirschen und ockerbrauner Mische stehen am Rande der  
Trotoirs. Absall! Letzte Reste! Wir geben mitten hindurch.

Und ein kleines Knebelgefühl steht in unseren Herzen auf.  
Was beneiden wir? Die Schlafenden. Alle die  
Schlafenden, denen der melancholische nachtblaue Nebel  
nichts anhaben kann. Dieser blaue  
Nachtblau ist giftig. Es gibt schone, hortenblau, duffige  
Frühnebel: im Mai, im Juni! Es gibt sanfte, abendsonne,  
Hinterblau Nebel, die sich schönfärbig als Kackgewand um den  
toten Körper der schlafenden Menschen Sonne schmiegen!  
Aber diese glückseligen Blaunebel haben nichts gemein mit den  
nachtblauen Novembernebeln. Sie sind purenblau! Sie sind blau-  
hend! Sie sind wahrlich wie Injektionsnadeln.

Solches Fühlen geht durch unser Menschlein: wenn wir Wegergelassen  
früh um drei Uhr zum Schlachthof gehen!

Und dann sind wir da! Hubs Gittertüre haben uns herein-  
gelassen. Große glänzende Nachtulen liegen wie schreckende  
Wogenlampen über die Knebelgefühle, leicht gewölbten Strohen  
im Schlachthofbesten.

Es gibt hier hunderte Gebäude. Kühlhäuser. Bezugs-  
häuser. Häuser — aus denen angstgeiragtes, trauriges Gedrüll  
herausquillt: es ist kein Bormur — — aber irgendwas in uns  
ahnt die Not dieses angstgeiragten Gedrülls der weihnachts-  
dampfenden Schlachthofe.

Wir stehen schon im Rittel: schmal ist er; blau und weiß!  
Dampf poltern die Schläge. Stimmchen trachen. Die Tiere  
sollen. So fährt eine Lamine zu Tol. So legt sich ein abge-  
sprangter Reissblock ähnelnd auf die Seite.

Dann blühen die Messer. Seitrollen kreischen. Wasser plätschert.  
Netzt lagen kurze schneidende Seufzer, wenn starke Hände sie auf

Die „Sozialistische Korrespondenz“ kann das Material ermitteln  
durch Mitteilungen über weitere Schiebungen eines anderen  
Hohenzollernsprößen, des Prinzen Friedrich Leopold.  
Sie schreibt:

Vor einem Jahre hat das Preussische Finanzmini-  
sterium in einem durch die Tatsachen nicht gerechtfertigten  
Vertrauen auf die Integrität der Gegenseite dem Prin-  
zen Friedrich Leopold erlaubt, eine große Menge Mo-  
bilien, Haushaltungsgegenstände, Tafelsilber, Porzellan usw.,  
soweit es zur Einrichtung seines neuen damals in Lugano er-  
richteten Wohnhauses nötig war, auf die Dauer von sechs Mo-  
naten nach der Schweiz auszuführen. Prinz Friedrich Leopold  
hatte die Verpflichtung übernommen, nach Ablauf dieser Frist  
die gesamten Gegenstände nach Deutschland zurückzu-  
bringen. Natürlich ist auch nicht ein Stück zurückgekommen,  
das ganze Mobiliar befindet sich noch heute in Lugano. Statt  
dessen hat der Prinz durch einen Berliner Spekulanten zwei  
weitere Möbelwagen mit wertvollem Inventar ohne Wissen der Regierung aus Genéve fort-  
schaffen lassen. Ob sie über die Grenze geschoben worden oder  
wohin sie sonst gekommen sind, ist unbekannt. Endlich hat  
im Sommer d. J. im Auftrage der Prinzessin Friedrich Leo-  
pold eine Dame ihrer Umgebung heimlich erhebliche Schätze  
der Silberkammer aus Genéve nach München gebracht, um sie  
dem Gewahrsam der preussischen Regierung zu entziehen und  
sie von dort aus ins Ausland zu schaffen. Da der Versuch ziem-  
lich ungeschickt angelegt wurde, sind die Wertgegenstände in  
München von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt  
worden.“

Allmählich wird auch Näheres bekannt über die Helfer  
Gruhers, die ihm bei seinem Treiben zur Seite standen. In erster  
Linie wird ein gewisser Böhmie genannt, ein geborener Sachse,  
der aber sein etwas mongolisches Aussehen benutzte, um sich als  
einen Chinesen auszugeben. Er leistete sich sogar Visitenkarten  
mit dem Namen Pi-Mau. Mit ihm arbeiteten gemeinsam ein  
Regierungsrat A. Wenzel und ein Herr von Adel, Herr  
von Fischert.

Die Hohenzollern haben doch ein Schweineglück. Nachdem sie  
ihre wertvollen Vermögen in Sicherheit gebracht hatten, setzten sie alle  
Kräfte daran, Vermögen und Vermögenswerte mitgehen zu  
lassen. Während sich rechtssozialistische preussische  
Minister bemühen, ihnen auf soziallagen rechtlichem Wege einen  
großen Teil ihres durch Ausplünderung des preussischen Volkes  
zusammengeraubten Vermögens zurückzugeben, stehen ihnen ge-  
übte Schieber zur Verfügung, um den Rest auf anderem, weniger  
„rechtlidem“ Wege in Sicherheit zu bringen. Ueberall finden sie  
auch heute noch Lakaien und — Vertrauen bei preussischen  
Finanzministern, allerdings „durch die Tatsachen nicht gerech-  
fertigt“, wie die S. R. sich ausdrückt. Wenn es so weiter geht,  
dann wird hier eine neue sinkende Klaue ausgebeutet wer-  
den, die kennzeichnend ist für die moralische Mentalität der vor-  
nehmen bürgerlichen Gesellschaft, nicht nur der paar Hohenzollern-  
sprößlinge allein. Eben dieser Verfall der ganzen Sippchaft  
wegen besteht die Gefahr, daß Versuchungsversuche ein-  
setzen werden, um das Bekanntwerden dieser Vorgänge in ihrem  
ganzen Umfange zu verhindern. Es wird notwendig sein, den mit  
der Unterschlebung betrauten Beamten genau auf die Finger zu  
sehen. Die bürgerliche Presse zeigt sehr wenig Reigung, sich dieser  
Pflucht gegenüber der Offenheit zu unterziehen. Die liberale  
Presse ist größtenteils verlogen und die reaktionäre Presse tobt. Nur  
in der Arbeiterschaft findet sich jenes sittliche Niveau, von  
dem aus diese Vorgänge in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt  
werden können.

## Gruher in Amsterdam

### II. Amsterdam, 19. November.

Wie der Amsterdamer Berichterstatter der „Telegraphen-Union“  
aus zuverlässigen Quellen erzählt, wohnt der flüchtige  
Berliner Bankier Gruher in einem der vornehmsten Viertel  
Amsterdams. Prinz Joachim von Preußen war auf der  
Heimreise von seinem Besuch in Dootn kurz vor seinem Tode  
inognito nach Amsterdam gereist und hatte hier eine lange Unter-  
redung mit Gruher.

Im neuen belgischen Ministerium sind die Sozialisten durch  
Wanderwilde (Zukst), De Gree (Kunst und Wissenschaft),  
Winters (Industrie, Arbeit und Verpflegung) und Aucelet  
(öffentliche Arbeiten) vertreten.

## Die irische Frage

### Moral erster und zweiter Klasse

Zweierlei Moralanschauungen machen sich bei den Besol-  
dungsfragen im Hauptauschuh der Preußenverlammlung zeig-  
end. Die Kinderbeihilfen sollen gezahlt werden für eheliche  
Kinder „und für ehelich erklärte, auch an solche, die an Kindes-  
Statt angenommen sind“. Ferner steht die Vorlage die Hilfe für  
uneheliche vor. Bei den ersten drei Kategorien einigte man  
sich schnell, aber bei der letzten Gruppe pläht die bürgerlichen  
und sozialistischen Anschauungen auseinander.

Vom Zentrum und der Rechten wurde geltend gemacht, daß eine  
unverheiratete Lehrerin mit einem Kind unter  
keinen Umständen Lehrerin bleiben könne, und deshalb mußte die  
vorgelegene Beihilfe gestrichen werden. Sie sogar gese-  
lich festzulegen, ginge nicht an. Dasselbe gelte auch für die Lehrer.  
Sie sollen nicht nur lehren, sondern auch erzieherisch wirken. Wenn  
der Beamtenbesoldungsausschuh gleichwohl die Beihilfen be-  
schlossen habe, so sei zu sagen, was der Beamte sich leisten könne,  
dürfe die Lehrerin noch lange nicht tun.

Von sozialistischer Seite wurde auf die doppelte Moral hinge-  
wiesen und auf die sittlichen Defekte der Offiziere alter Zeit. Herr  
Hollmann-Lichtenberg fragte, ob es wahr sei, daß in Pöthen-  
berg eine Lehrerin ins Amt gekommen sei, die einen erwachsenen  
Sohn habe. Schrecklich! Schrecklich wurden die Beihilfen für un-  
eheliche Kinder mit 13 gegen 16 Stimmen gestrichen, außer  
den beiden sozialistischen Parteien stimmten nur der Demokrat  
Rimpel für Beibehaltung.

## Die irische Frage

### Vorschläge der Arbeiterschaft zu ihrer Lösung

Die irischen Eisenbahner kündigen an, daß sie den Eisen-  
bahnverkehr einstellen werden, weil sie sich weigern, Postkri-  
mannschaften, Militär und Munition zu befördern, die zur Unter-  
drückung der irischen Bewegung bestimmt sind. Eine Konfe-  
renz der Arbeiter von Südirland beschloß sich mit  
dieser Angelegenheit und beschloß, es den Eisenbahnern zu über-  
lassen, die Haltung einzunehmen, die sie für notwendig er-  
achten. Auch verpflichtete sich die Konferenz, die Eisenbahner  
nach Möglichkeit zu unterstützen.

Im übrigen werden die Arbeiter ihre bisherige Politik beibe-  
halten. Die Konferenz sprach sich für die Zurückziehung der engli-  
schen Truppen und die Einberufung einer konstituieren-  
den Versammlung aus, die nach den Grundgedanken der freien,  
geheimen und Verhältniswahl gewählt werden soll. Diese Ver-  
sammlung soll dann eine Verfassung ausarbeiten.

Die irische Arbeiterkonferenz hat sich da mit den Vorschlägen der  
englischen Arbeiterpartei zur Lösung der irischen  
Frage angeschlossen. Die Grundlagen auch dieser Vorschläge be-  
stehen in folgenden Punkten:

1. Irland wird von den Truppen geräumt; 2. Es wird eine  
nach den Grundgedanken der Gleichberechtigung gehaltenen  
verfassunggebende Versammlung zusammenberufen. 3. Die ver-  
fassunggebende Versammlung stellt einen Grundjah aus,  
welcher zwei Bedingungen erfüllen muß, nämlich Schutz der  
Kinderheiten und Auszahlung der Möglichkeit, daß durch  
Irland eine Bedrohung zu Lande oder zur See entsteht.

In Mitgliedern des Ausschusses, der in Irland an Ort  
und Stelle eine Untersuchung der Lage vornehmen soll, hat  
die britische Arbeiterpartei Henderson, Lawson u. a. be-  
stimmt. Der Ausschuh wird von militärischen Ratgebern be-  
gleitet sein.

Sozialistischer Nationalismus. In Belgrad wurde nach  
Protestvorstellungen gegen den Vertrag von Santa  
Margherita der Ministerpräsident von einer mehr als un-  
sinnlichen Menge angegriffen, und vielfach beschädigt.  
Ein Zug gegen die italienische Gesandtschaft wurde durch Militär  
verhindert. Dabei wurden mehrere Schüsse abgegeben und fünf  
Personen schwer verletzt. — Der Nationalismus hat überall das  
gleiche Gesicht. Ihm ist nichts gelegen an der friedlichen Regu-  
lung kritischer Fragen, die natürlich immer beiderseitig Ein-  
schränkungen auferlegt. Trotz dieser nationalistischen Ausfere-  
lungen, denen ähnliche von italienischer Seite entgegenstehen,  
scheint das Abkommen von Santa Margherita, über das wir die-  
ser Tage berichteten, gesichert. Der italienische Ministerpräsident  
mühte nach Erklärungen Giolittis über das Abkommen einen Ge-  
sehtenwurf, der das Abkommen ratifiziert und die Anglie-  
derung der Italien zugesprochenen Gebiete kundgibt.

## Die spanische Nachtigall

Fritz Massary ist die „spanische Nachtigall“ der neuen  
Operette von Leo Fall im Berliner Theater. Man weiß  
auf die sportlichsten Terzibedecken der „Dauandichter“ Schaner  
und Weiss, man läßt sich die gut instrumentierte und spanisch-  
charakterisierte Musik Leo Falls gefallen und man bewundert die  
immer aufs neue sich offenbarende künstlerische Meisterhaft der  
Fritz Massary, die im Singen und Spielen, Schreien und  
Tanzen alles, aber auch alles überstrahlt. Sie braucht nicht erst  
in diesem operettenhaften Gemisch von spanischem Zeitungsmodell,  
Gassenhän und Chansonette mit ihrer Verittheit, ihrem Stolz  
und ihrer Verachtung den glänzenden Nachweis und das Probe-  
stück zu liefern, daß sie die „Carmen“ von Bizet und Mérimé ist,  
mit der jedes Opernhaus sich glücklich schätzen dürfte. Mit Fa-  
n und Bahmann, der ihr als verträgliches Theatergenie, ein sehr  
humorvoll charakterisierender Gegenspieler war (manchmal fast ein  
kafesparischer Rüpel), sang sie im dritten Akt hinreichend ein  
Bänkelsängerduett. Das Publikum hielt sich mit Vorliebe an die  
natürlich auch nicht lebenden glückseligen Einlagen, auf denen es

so gerne schlüßert. Emmy Sturm und Julius Brandt be-  
sorgten ihm besonders den „Affentrott“ sehr zu Dank. Als romanti-  
scher Liebhaber kam in einer bläßlichen Rolle der stimmbegabte  
Erik Wiel diesmal nicht übermäßig zur Geltung. Aber der  
Abend lebt ja auch „nur“ von der Massary.

Die Volkshöhne teilt uns mit: Diejenigen Mitglieder der  
Volkshöhne, die infolge des Elektrifizierens um ihre Vorstellung  
gekommen sind, werden, soweit eine Nachholung der Vorstellung  
möglich ist, rechtzeitig durch Karten benachrichtigt werden. Wenn  
die Vorstellung nicht nachgeholt werden kann, behalten bereits ge-  
kaufte Karten für die nächste Vorstellung gleichen Betrags Gültig-  
keit. Die am 8. November im Staatlichen Schauspielhaus  
ausgefallene Vorstellung der Jugendvolkshöhne wird am Sonn-  
abend, den 27. November nachgeholt. Die gelösten Karten be-  
halten ihre Gültigkeit.

Im Central Theater, Alte Jakobstraße, kommt Sonnabend und  
Mittwoch nachmittag das Märchen „Ritelfanz“ von Egon  
S. Strahburger und Ulrich Brandt, Musik von Camillo Hilse-  
brand, zur Aufführung. Allabendlich: Frau Bärbel“.

Das Deutsche Künstler-Theater bereitet für Anfang Dezember  
die Aufführung eines Weihnachtsstückes für Kinder und  
Erwachsene vor. Zur Darstellung gelangt Max Jungnickels  
Märchenpiel in 6 Bildern „Fichtlich der Himmels-  
schneider“.

## Im Lazarett

Von Karl Rukuff, Schwerkrriegsbeschädigter (J. St. Garni  
Lazarett Potsdam).

Krankenjaal, Arzt und Schwester, Wärter, —

Kranke, Kranke, Kranke.

Zwischen Kissen hingewühlt,

Liegen Knochen,

Knapp umgeben noch von Fleisch,

Und das Fleisch gehört den Menschen,

Die vorm Kriege noch so blühend,

Angestaunt von den Verwandten,

Ohne Wirren, sich nicht mühend,

Sprangen, liefen, sangen.

Heute,

Geisterbleich und voller Falten,

Ohne Ausdruck des Gesicht,

Liegt das Auge tief

Und blau umrandert,

Und die Finger krampfen sich.

Manche winden sich in Schmerzen,

Söhnend, feuchend, blutend.

Voller Sehnsucht sind die Herzen  
Nach Erlösung und die Seele schreit,  
Redizingerud und Auswurf  
Füllt des Zimmers Atmosphäre,  
Und der Bild der Kranken  
Geht ins Dunkle und ins Leere . . .

# Die Münzstraße als Sprengkolonne

## Die Masken fallen

Wir haben das Vergnügen folgendes Dokument veröffentlichen zu können:

### Rundschreiben der gewerkschaftlichen Kommission W. G.

Der Parteitag hat beschlossen, daß drei Tage vor Stattfinden des Einigungs-Parteitages mit der linken U. S. P. D. eine Konferenz der in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten an hervorragender Stelle tätigen Genossen stattfinden soll. Auf dieser Konferenz soll Stellung genommen werden

1. zu den Aufgaben der Gewerkschaften.
2. Was haben die Kommunisten in den Gewerkschaften zu tun?
3. Zu der Organisierung der kommunistischen Propagandatätigkeit in den Gewerkschaften.

Auf Grund dieses Beschlusses des Parteitages haben wir sofort eine Verständigung mit den linken U. S. P. D.-Genossen, die auf diesem Gebiete tätig sind, herbeigeführt und sind zu voller Uebereinstimmung über die Abhaltung der beschlossenen Tagung und der dort zu behandelnden Themen gekommen.

Die Konferenz findet voraussichtlich am 30. November und 1. Dezember statt. An der Konferenz sollen teilnehmen:

1. aus jedem Zentralverband der deutschen Gewerkschaften und aus der auf dem Boden der dritten Internationale stehenden Unionen mindestens je ein Vertreter;
2. aus jedem Parteibeitrag mindestens ein Kommunist und ein Genosse von der linken U. S. P. D. Die Vertreter aus den Zentralverbänden sollen den Kern für zu bildende Arbeitsfraktionen abgeben. Die Vertreter aus den Bezirken sollen die Zusammenfassung der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften innerhalb der Parteibeitrag übernehmen.

Die Bezirkssekretariate müssen sich umgehend nach einem tüchtigen Genossen umschauen, dem man diese Arbeit anvertrauen kann. Dieser Genosse soll delegiert werden. Desgleichen ist zu versuchen bei der Delegation von Genossen, die in den Betriebsräten tätig sind. Für die gewerkschaftliche Tätigkeit werden sich am besten Angestellte der Gewerkschaften eignen, weil diese die meiste Erfahrung und Zeit für diesen Zweck haben. Die Genossen müssen aber absolut zuverlässig sein. Die Adressen der ausersehenen Genossen (es können mehrere sein) sind spätestens bis 20. November an die Gewerkschaftszentrale, Berlin, Münzstr. 24, einzusenden. Die Einladung zu der Konferenz ergeht an die Genossen direkt.

Die Finanzierung der Delegation sollte nach Möglichkeit im Bezirk vorgenommen werden, damit die Zentrale nur im Ausnahmefall zu den Kosten beizutragen braucht.

Umgehend ist in den Bezirken Umschau zu halten nach tüchtigen Genossen, in den einzelnen Orten und in den einzelnen Organisationen, die die Leitung der Fraktion übernehmen. Vor allem müssen alle Adressen der oppositionellen Gewerkschaften gesammelt werden. Diese Adressen sind an die Gewerkschaftszentrale, Berlin, Münzstr. 24, einzusenden, damit wir die oppositionellen Elemente der einzelnen Gewerkschaften über das ganze Reich miteinander in Verbindung bringen können. Laufende, wöchentliche Berichte über das, was an oppositioneller Arbeit in den einzelnen Gewerkschaften, in den einzelnen Orten geleistet wird, bitten wir, uns gleichzeitig zu übersenden. Der Offensiv, die der Allgemeine Gewerkschaftsbund und die USA gegen die Kommunisten, und vor allem Dingen gegen die kommunistischen Zellen begonnen, ist sofort größte Abwehrbereitschaft unseres Parteigenossen entgegenzusetzen. Das wird nur möglich sein, wenn wir schnell alle zuverlässigen Elemente zu gemeinschaftlicher Arbeit sammeln.

Die Konferenz wird Richtlinien über die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und dem Parteitag zur Bestätigung vorlegen, aber bis zu ihrem Zusammentritt muß schon eine Sammlung der revolutionären Genossen stattgefunden haben, damit eine organisatorische Grundlage für eine verstärkte und einheitliche kommunistische Propaganda vorhanden ist.

Zur Erledigung der Zentralarbeiten ist ein gemeinsames Komitee aus drei Kommunisten und drei linksunabhängigen gebildet worden.

Mit kommunistischem Gruß.

Die gewerkschaftliche Kommission der U. S. P. D. und U. S. P. D.

Damit ist die Maske gefallen. Die Münzstraße verwandelt sich in die Sprengkolonne innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, nachdem sie ihre Rolle als Sprengkolonne innerhalb der U. S. P. D. zu Ende gespielt hat. Sie bleibt der einzigen Aufgabe, die sie sich gesteckt hat und die allein zu erfüllen sie imstande ist, treu, indem sie sich an die Spitze der Bewegung stellt, deren Ergebnis die Zerreißung der Gewerkschaftsbewegung sein wird. Unsere Genossen werden sich nicht dadurch irreführen lassen, daß sich diese Gesellschaft noch immer unter Führung des Sachverhalts des Namens unserer Partei bedient. Wir fordern unsere Genossen auf, diesem Zustand nicht abwartend gegenüberzutreten, sondern überall mit aller Kraft gegen die Sprengkolonne aufzutreten. Finden sie Boden, so wird ihr mühsames Treiben jede fruchtbarere Gewerkschaftsarbeit in kurzer Zeit unmöglich machen und damit eine Waffe der Arbeiterschaft zerstören, die gegenwärtig unentbehrlicher ist, denn je zuvor. Rücksichtsloser Kampf gegen diese Schädlinge ist dringendes Gebot!

werde fortgesetzt werden, wir müssen es nun ohne ihn tun, und wenn es nicht anders geht, gegen ihn.

In die kommunistische Sprache überetzt heißt die Zusammenwerfung mit Legien und Dismann, daß Lange nunmehr ein ebensolcher „Konterrevolutionär“ sei wie Legien. Das hätte sich Paul Lange wohl niemals träumen lassen, von seinen eigenen Freunden und Schülern mit Legien in einen Topf geworfen zu werden. Aber das ist nun einmal das kommunistische Rezept. Wer nicht nach der offiziellen Pfeife tanzt, mag sie auch noch so unheilvolle Töne erklingen lassen, ist „objektiv konterrevolutionär“, gehört in die Wolfschlucht!

## Ein Erfolg des amerikanischen Imperialismus

### Vanderlips Vertrag mit Sowjetrußland

Der amerikanische Finanzmann Vanderlip ist auf der Rückreise von Moskau nach Amerika in Stockholm eingetroffen. Der Vertrag, den er im Auftrag eines Konjunktions, bestehend aus zwölf Direktoren leitender Finanzinstitute, mit der russischen Sowjet-Regierung abgeschlossen hat, stellt sich als der größte Geschäftsvorgang dar, der jemals getätigt wurde.

In einem Aufruf, den Vanderlip an das amerikanische Volk ergoß, erklärt er, er habe von der russischen Regierung 400 000 Quadratkilometer (das sind etwa 200 000 Quadratkilometer) des nordöstlichen Gebietes östlich des 180. Meridians einschließlich der Halbinsel Kamtschatka gepachtet, ein Gebiet, reich an Oelen, Kohlen und Fischen. Diese Erwerbung gebe den Vereinigten Staaten die Kontrolle der Oelversorgung am Stillen Ozean. Rußland werde im Laufe des Jahres 1921 in den Vereinigten Staaten Waren im Werte von einer Milliarde Dollar kaufen, die es in Gold, Platin, Silber und anderen Waren bezahlen werde. Große Mengen dieser Waren lägen zur sofortigen Verschiffung bereit. Die Quantitäten, die die Vereinigten Staaten nicht aufnehmen könnten, werden auf die Länder Europas verteilt werden. In wenigen Monaten werde die unübersichtliche Lage im fernen Osten, wo Japan fast eine Monopolstellung inne hatte, geklärt sein. Der Handel werde in normale Bahnen gelenkt sein und die Güter, die in Amerika gekauft sind, werden von allen Häfen der pazifischen Küste über Ostchina und die sibirischen Eisenbahnen sowohl wie über die baltischen Häfen, die Murman-Linie und das Schwarze Meer Rußland erreichen. Alle Teile der Vereinigten Staaten werden, wie Vanderlip versichert, durch diese Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen profitieren. Von Kalifornien bis nach Maine, von Washington nach Florida werden alle Fabriken beschäftigt werden. Wir müssen diese große Gelegenheit ergreifen, um den Frieden und den Wiederaufbau der Welt einzuleiten. Den Grundstein hierzu bietet die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der russischen Republik.

Befähigt sich diese Meldung, so ist es Rußland gelungen, durch diesen Vertrag, falls er die Zustimmung der amerikanischen Regierung erhält, den Ring der Blockade an einer wichtigen Stelle zu durchbrechen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Durchbrechung der Blockade ihre völlige Aufhebung und die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der kapitalistischen Umwelt folgen wird.

Andererseits ist aus der Darstellung Vanderlips allein nicht ersichtlich, ob und welche Garantien sich Rußland vorbehalten hat, um die reichen Naturschätze Ost Sibiriens nicht vollständig der kapitalistischen Ausbeutung auszuliefern. Sollte die russische Regierung aus solche Garantien verzichten haben, so würde der Vertrag eine Preisgabe des sozialistischen Prinzips, eine Kapitulation vor den kapitalistischen Mächten bedeuten. Es wäre ein Glied mehr in der Kette jener Konzessionen, die die Sowjetregierung unter Preisgabe sozialistischer Grundzüge machen muß, um ihre politische Herrschaft zu erhalten und die Wirtschaft vor dem völligen Zusammenbrüche zu bewahren.

Vom amerikanischen Gesichtspunkt aus gesehen, bedeutet der Vertrag eine weitere Verschärfung des Gegensatzes zu Japan, der in der kalifornischen Einwandererfrage deutlich genug zu Tage tritt. Denn Japan betrachtet Ost Sibiriens, an dessen Ostrand es sich bereits festgesetzt hat, als seine Einflusssphäre und soll angeblich auch schon gegen den Vanderlip-Vertrag Einspruch erhoben haben.

Um den Mittelkanal. Am 16. November dieses Jahres hat in Berlin eine erneute Verhandlung unter den am Mittelkanal unmittelbar beteiligten Ländern, Preußen, Sachsen, Anhalt, Thüringen, Braunschweig sowie Oldenburg und Bremen stattgefunden, in der über die Beseitigung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Umfassung beraten wurde. Die von gegenseitigem Entgegenkommen aller Länder getragene Verhandlung hat den Weg für das Zustandekommen des Kanals, soweit das bei den Vändern steht, geebnet, und zwar auf der Grundlage, daß die Wasserstraßenverbindung West-Ost und der Anschluß des mitteldeutschen Industriegebietes bis Leipzig als einheitliches Unternehmen behandelt wird.

Die Arbeiten am Main-Donau-Kanal. Mit den Bauarbeiten an den Strecken des Main-Donau-Kanals am Main und an der Donau wird nunmehr begonnen werden. Schon in aller nächster Zeit werden zwei Staustufen zwischen Rneggau und Bamberg in Angriff genommen; die Grunderwerbverhandlungen sind eingeleitet. Auch bei Würzburg und Schaffenburg sind Vorarbeiten im Gange; an der Donau sind bei Deggendorf die Niederwasserregulierungen auf den Berufshäfen schon eingeleitet.

Unterzeichnung der Danziger Konvention durch Polen. Paderewski hat den Vertrag zwischen Polen und der Stadt Danzig unterzeichnet.

Die Neuordnung in Griechenland. Der Entente, besonders England und Frankreich, ist das attische Wahlergebnis äußerst unangenehm. Auf ihren Druck hin wurde während des Krieges König Konstantin seines Thrones verlustig erklärt und Venizelos herrschte seitdem ziemlich unbeschränkt. Seine Herrschaft ist allerdings nicht ohne äußeren Erfolg für Griechenland geblieben. Er hat das erlebte Groß-Griechenland geschaffen. Aber er hat auch ein politisches Gewaltregiment mit allen Mitteln des Terrors ausgeübt, das ihm nur das Genie gedrohen hat. — England und Frankreich beraten sich nun, wie man sich schließlich aus der Affäre zieht. Nach den bisherigen Meldungen scheint es, als ob man gegen die Rückkehr König Konstantins formal protestieren, der Wahl des Kronprinzen George aber kein Hindernis entgegenzusetzen wird, außer „ernstlichen Garantien“. — Der neue Ministerpräsident Kallis hat dem Regenten den Eid geleistet und hierauf den Rücktritt des Regenten verlangt. Die anderen Kabinettsmitglieder werden der Königin Olga den Eid leisten.

Wichtigmonatliche Dienstreise in Frankreich. Zwischen der Regierung und den Ministern ist eine endgültige Uebereinstimmung bezüglich des Prinzips der achtmonatigen Dienstreise erzielt worden. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Gesetzes wird noch festgelegt.

Ein Zeichen des Kulturfortschrittes. Aus New York wird gemeldet, daß fortan jeder amerikanische Soldat mit Giftgasen ausgerüstet sein wird.

## Ein Prozeß gegen die Freiheit

### Die Ermordung Hugo Haases vor Gericht

Gestern fand vor der achten Strafkammer des Landgerichts I gegen den ehemaligen verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, Genossen Wielesp, eine Verhandlung wegen Beleidigung der Justizbehörden statt. Den Strafantrag hatte Justizminister Am Jahnthoff am 6. Dezember vorigen Jahres gestellt.

Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Auf dem Parteitag in Leipzig hatte Genosse Wittmann die Justizbehörden wegen ihres Verhaltens in der Mordeache Boh, des Mordes an unserem Genossen Hugo Haase, schärf angegriffen. Unter dem Titel „Am Schandpfahl der Geschichte“ gaben wir diese Rede in der Wendenausgabe vom Donnerstag, den 4. Dezember 1919 auszugswweise wieder. Die Beleidigung wurde aus der gesamten Tendenz des Artikels, wie aus folgenden wiedergegebenen Redewendungen Wittmanns, ersehen:

„Ich klage die Justizbehörden an, daß sie keine Hand gerührt haben, zeitweiligen, mit welchen Personen der Täter in der letzten Zeit vor der Tat verkehrt hat, daß sie weder die Arbeitgeber noch die Arbeitskollegen des Täters vernommen haben!“

„Ich klage die Justizbehörden an, daß sie keinerlei Nachforschungen angestellt haben, ob der Täter vorher mit jemandem über die Tat gesprochen hat, ob ihm die Tat suggeriert worden ist, ob ihn jemand zu oder abgeraten hat, ob Spigel oder agents provocateurs auf ihn eingewirkt haben.“

„Ich klage die Justizbehörden an, daß sie keine Feststellungen getroffen haben, wann, wie und wo der Täter in den Besitz des Revolvers gekommen ist, mit dem er den Mord verübt hat.“

„Ich klage die Justizbehörden an, daß sie nur auf Anschlag von außen her, rein formal Untersuchungsverhandlungen vorgenommen, daß sie aus eigener Initiative aber absolut nichts zur Aufklärung der Mordeat unternommen haben.“

Die Sache stand im Februar dieses Jahres bereits einmal vor der Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung. Genosse Wielesp ist damals wegen Verstoß gegen § 185 Str.G.B. zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Reichsgericht hat einem Revisionsantrag des Staatsanwalts stattgegeben und die Sache zur nochmaligen Beratung an das Landgericht zurückverwiesen.

Bei der gestrigen Verhandlung wurde nochmals erneut in die Materie eingestiegen. In der vierstündigen Verhandlung wurde das ganze Aktenmaterial des Mörders Boh geprüft. Nach Beendigung Beweisaufnahme erklärte der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer, daß es dem Angeklagten reid, der Verteidigung nicht gelangen sei, den Beweis zu erbringen, daß dem Mörder Boh die Mordeat von anderen Personen suggeriert worden ist. Auch sei der Beweis, daß die Justizbehörden bei der Aufklärung der Tat nicht die notwendige Sorgfalt angewandt haben, mißlungen. Die Verurteilung müsse deshalb auch nach § 186 Str.G.B. erfolgen.

Genosse Rechtsanwalt Weinberg trat dem Staatsanwalt in längeren Ausführungen entgegen. Man müsse bedenken, daß der ermordete Hugo Haase ein intimer Freund des Artikelschreibers und der Redaktion der „Freiheit“ gewesen sei. Hinzu komme, daß in dem verflochtenen Jahr viele Mordeat an Führern der Arbeiter ungeahnt bezangen worden seien. Er erinnere nur an die Ermordung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Kurt Eisners, Joghies, Landauer, den 42 Matrosen und der vielen, vielen anderen. Schon die Lastlage, daß der Mörder Boh nur unter der Anklage des veruchten Totschlags gestellt worden ist, mühte provozierend wirken. Der Einwand, daß Hugo Haase bei Erhebung der Anklage noch am Leben war, könne keine Geltung haben. Er erinnere nur daran, daß A. B. der Attentäter, der auf Graberges geschossen hat, sofort unter die Anklage des veruchten Mordes gestellt wurde.

Es komme hinzu, daß der Glaube, daß der Mörder Boh von Dintermannern in der Tat benutzt worden sei, aus den Mitgliebrern der U. S. P. D. nicht auszurotten ist. Zum Schluß beantragte Rechtsanwalt Weinberg die Freisprechung des Angeklagten.

Der zweite Verteidiger, Genosse Dr. Böhlein, betont in seinem Plaidoyer, daß es zur Verurteilung der vorliegenden Frage gleichgültig sei, ob Boh gestillt ist oder nicht. Es müsse vielmehr die Frage geprüft werden, ob die Justizbehörden in der Mordeache die notwendige Sorgfalt zur Aufklärung des Sachverhalts an den Tag gelegt haben. Die, es müsse nach den Grundsätzen der Beweisaufnahme verneint wer-

den. In dieser Sache ist mit weniger Sorgfalt von Gerichts wegen gearbeitet worden, als es sonst bei Mordfällen üblich ist. Auch könne nicht bezweifelt werden, daß die Anklage auf veruchten vorläufigen Mord lauten mühte, da, wie aus den Akten ersichtlich ist, Boh selbst angegeben hatte, daß er dem Abgeordneten Haase zwei Tage aufgelauert hatte, um das Attentat zu vollbringen. Genosse Böhlein plädierte ebenfalls auf Freisprechung, da unter allen Umständen § 193 Str.G.B. in Anwendung kommen mühte.

Nach halbständiger Beratung verurteilte der Vorsitzende, daß das Gericht den Angeklagten für schuldig im Sinne des § 186 (Neble Nachrede) halte. Es lege von einer Gefängnisstrafe jedoch ab, da der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der Angeklagte wird deshalb zu 1500 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Anklagebehörde wurde die Publikationsbefugnis in der „Freiheit“, im „Vorwärts“ und in der „Völkischen Zeitung“ zugesprochen.

## Eine verfehlte Spekulation

Genosse Marlow schickt uns folgende Erklärung:

„Erf heute erfahre ich, daß die polnische Regierungspresse mein Interview, das in der „Freiheit“ vom 17. Oktober und in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ erschienen war, dazu ausgenutzt hat, um die Politik zu rechtfertigen, die die polnische Regierung gegenüber Sowjet-Rußland betreibt.“

„Ich betone in meinem Interview eine gewisse Ermüdung und Desorganisation in der „Roten Armee“ und zog daraus den Schluß, daß dadurch ihre Schlagfertigkeit gelähmt sei und daß aus diesem Grunde die Sowjet-Regierung gezwungen sein würde, auch einen für sie peinlichen Frieden zu unterzeichnen und zu halten. Im Frühjahr könne allerdings eine „Reizung zum Kampf“ von neuem wahrscheinlich werden.“

„Das gab den polnischen Blättern den gewünschten Vorwand, mich als Kronzeugen dafür zu benutzen, daß die russische Regierung nur eine Pause haben wolle, um nach einigen Monaten den Krieg gegen Polen erneut aufzunehmen.“ („Kzeczpospolita“ Nr. 216 und „Robotnik“ Nr. 293.)

Durch diese Darstellung ist der Sinn meiner Ausführungen völlig entstellt worden. Ich ging von der Voraussetzung aus, daß Polen es war, welches in Erfüllung seiner imperialistischen Ziele den Angriffskrieg gegen Rußland führte und daß Polen auch in dem Rigaer Frieden nur eine Stappe zur vollen Durchführung seiner imperialistischen Ziele erbliekt. Mit dem Hinweis darauf, daß die Rote Armee die Krisis überwinden werde, wollte ich die polnischen Rationalisten von jeder Spekulation abhalten. Gerade deshalb sprach ich davon, daß zum Frühjahr eine größere „Reizung zum Kampf“ in der Roten Armee wieder lebendig werden könnte. Und damit wollte ich den Herren um Pilsudski deutlich machen, daß ein neuer Marsch gegen Smolensk, Kiew oder Moskau nicht unbefristet bleiben würde.“

„Wie scharf ich auch die Kriegspolitik der Sowjet-Regierung nach dem Rückzug der polnischen Armee aus Litauen und der Ukraine verurteilt habe, so weiche ich doch keinen Augenblick von der Ansicht ab, daß es vor allem von den polnischen Machthabern abhängt, ob ein dauernder Frieden zwischen den beiden Nationen zustande kommt.“

## In die Wolfschlucht!

Paul Lange, einer der führenden Kommunisten, ist wegen der Meinungsverschiedenheiten über die Gewerkschaftsfrage aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Dafür erhält der bis gestern über jeden Verdacht revolutionären Schwachmutes Erhabene seinen Lohn. In einem gleichzeitig in der „Internationalen“ und der „Roten Fahne“ erschienenen Artikel seines ungeratenen Schülers Brandler heißt es, daß Lange mit seiner Stellungnahme „theoretisch und praktisch ins Lager der Dismann und Legien“ fällt. Die Spaltungsarbeit in den Gewerkschaften

